

Sozialräumliche Unterschiede im Wahlverhalten und in der politischen Partizipation

Göddecke-Stellmann, Jürgen; Grundmann, Teresa; Winkler, Dorothee

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Göddecke-Stellmann, J., Grundmann, T., & Winkler, D. (2022). Sozialräumliche Unterschiede im Wahlverhalten und in der politischen Partizipation. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 35(2), 21-27. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81707-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Jürgen Götdecke-Stellmann, Teresa Grundmann, Dorothee Winkler

Sozialräumliche Unterschiede im Wahlverhalten und in der politischen Partizipation

Die Frage der politischen Partizipation hat vor dem Hintergrund der starken Rolle des Staates und Protestbewegungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen während der Covid 19-Pandemie erneut an Relevanz gewonnen. Die Spaltung der Gesellschaft scheint dadurch weiter angetrieben zu werden. Gleichwohl zeigt sich: Politisches Interesse und Engagement ist nicht über alle gesellschaftlichen Gruppen gleichverteilt. Doch wie drückt sich dies in kleinräumiger Differenzierung in den Städten aus? Der Beitrag zeigt, dass es sozialräumliche Unterschiede in der politischen Partizipation gibt.

Jürgen Götdecke-Stellmann

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. Aufgabenschwerpunkte: kleinräumige Stadtbeobachtung, Monitoring der Städtebauförderung
✉ juergen.goeddecke@bbr.bund.de

Teresa Grundmann

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. Aufgabenschwerpunkte: kleinräumige Stadtbeobachtung, wissenschaftliche Begleitung des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“
✉ teresa.grundmann@bbr.bund.de

Dorothee Winkler

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. Aufgabenschwerpunkte: Datenaufbereitung und -analyse zu den Themen kleinräumige Stadtbeobachtung und Städtebauförderung
✉ dorothee.winkler@bbr.bund.de

Schlüsselwörter:

Politische Partizipation – Wahlbeteiligung – kleinräumiger Stadtvergleich – Sozialraumanalyse Innerstädtische Raumbefragung

Einleitung

Trotz Deutschlands guter wirtschaftlicher Entwicklung im letzten Jahrzehnt haben nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen davon profitiert. Unterschiede in den Einkommen haben zugenommen, die klassische Mittelschicht schrumpft. Dies hat zu einer zunehmenden Spaltung in der Gesellschaft geführt, die sich in einer Unzufriedenheit einzelner, insbesondere sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen mit der politischen Führung ausdrückt. Sie fühlen sich von der Politik nicht gehört und im Stich gelassen. Die Folgen sind eine zunehmende politische Apathie und sinkendes Politikinteresse sowie eine zunehmende Abkehr von den großen Volksparteien und die Hinwendung hin zu populistischen Parteien. Die Covid 19-Pandemie hat dies teilweise noch verstärkt. Zur Eindämmung der Pandemie musste der Staat tief in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, viele Freiheiten wurden eingeschränkt. Auch hier waren vor allem sozial schwächere Gruppen stärker betroffen. Diese Unzufriedenheit mündete in einer Abnahme des Vertrauens in politische Institutionen und in Protestbewegungen, die die Basis einer Demokratie gefährden können. Bei diesen Entwicklungen lassen sich räumliche Unterschiede erkennen, die in diesem Beitrag genauer untersucht werden sollen. Sowohl großräumig unterscheiden sich politische Einstellungen und Verhaltensweisen, etwa zwischen städtischen und ländlichen Räumen oder zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Aber auch kleinräumig werden Unterschiede zwischen verschiedenen Sozialräumen sichtbar. Um diese darzustellen, werden für die Analysen zum einen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verwendet. Die hier befragten Haushalte können sozialräumlich differenziert betrachtet werden. Zum anderen liegen mit der Innerstädtischen Raumbefragung (IRB) für ca. 20 Städte Wahldaten zu den letzten drei Bundestagswahlen auf kleinräumiger Ebene, d.h. auf Ebene von Stadtteilen, vor, die die Untersuchung räumlicher Unterschiede im Wahlverhalten ermöglichen.

Politische Partizipation und Sozialraum: Theoretische Einbettung

Das Interesse an Politik bzw. sich politisch zu beteiligen hängt insbesondere von den ökonomischen und sozialen Ressourcen, die einer Person zur Verfügung stehen, ab. Die finanzielle

Ausstattung, zeitliche Ressourcen sowie der Bildungsgrad, aber auch Kompetenzen in Bezug auf Rhetorik und strategisches Denken beeinflussen maßgeblich, ob sich eine Person an politischen Prozessen beteiligt oder nicht (vgl. Kaßner/Kersting 2021). Die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft bewirkt somit auch eine partizipative Spaltung (vgl. Kersting/Jähn 2021). Dies gilt sowohl für konventionelle als auch für informelle Formen der politischen Partizipation. Generell lässt sich sagen, dass die soziale Ungleichheit in der Partizipation mit dem Grad der Komplexität der politischen Tätigkeit zunehmen (vgl. Simonson/Vogel 2017). Kroh und Könecke (2013) zeigten mit Daten des European Social Survey (ESS) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), dass die Ungleichheit in der Beteiligung von der Form des Engagements abhängt. Während sich die Beteiligung bei Formaten wie der Teilnahme an Wahlen, Demonstrationen oder politischen Diskussionen geringfügiger unterscheidet, ist sie bei Formaten, die mehr finanzielle, zeitliche und kognitive Ressourcen in Anspruch nehmen, wie etwa der Mitarbeit in Parteien oder politischen Organisationen, höher. Zudem hat laut der Analysen die Ungleichheit über die Zeit zugenommen.

Insbesondere die zunehmende Einkommensungleichheit führt zu einer Abnahme der politischen Freiheit. Wo Einkommensungleichheit als moderat empfunden wird und die soziale Sicherung der Mehrheit zugänglich ist und als großzügig gesehen wird, sind Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in Institutionen und politische Partizipationsraten höher (vgl. Giebler/Merkel 2016). Für eine demokratische Gesellschaft ist eine partizipative Spaltung dann problematisch, wenn eine zunehmende Machtkonzentration bei sozio-ökonomisch bessergestellten Schichten erkennbar ist und bestimmte marginalisierte Gruppen ihre Interessen in der politischen Landschaft nicht mehr vertreten sehen. Dies führt zu einer gewissen Politikverdrossenheit, die sich im Wahlverhalten, etwa bei Bundestagswahlen, bemerkbar macht. Sie führt entweder zu einer politischen Apathie der Betroffenen oder mündet in Protestbewegungen und der Hinwendung zu populistischen Parteien am rechten Rand (vgl. Böhnke 2010).

Die Zunahme der Einkommensungleichheit und insbesondere die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt haben dazu geführt, dass auch die residenzielle Segregation in Deutschland über die Jahre zugenommen hat. Einkommensschwache Haushalte mit geringeren finanziellen, zeitlichen und sozialen Ressourcen konzentrieren sich in einzelnen Stadtteilen (vgl. Helbig/Jähnen 2018). Damit kommt ein weiterer Aspekt zum Tragen, den es zu berücksichtigen gilt. Individuelles Handeln ist immer in soziale Kontexte eingebunden. Familiäre oder verwandtschaftliche Beziehung, Gruppenzugehörigkeiten u.a.m. beeinflussen individuelles Handeln. Aber auch die nähere Wohnumgebung, die Nachbarschaft, ist, wie amerikanische Soziologen schon früh, d.h. in den 1940er Jahren, unterstrichen haben, ein Faktor, der auf das Handeln Einzelner einwirkt (Friedrichs 2014). Unterschiedliche Mechanismen werden in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zu sozialräumlichen Kontexteffekten angeführt. Diese können aus kollektiven Sozialisationserfahrungen, Ansteckungseffekten, Rollenmodellen u.a.m. resultieren (vgl. Friedrichs 2014: 290 f.).

In einem Eckpunktepapier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2008) zur sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns findet sich folgende Begründung:

„Sozialräumliches Handeln ist nach wie vor auch deshalb nützlich, weil es benachteiligende Strukturen in einzelnen Sozialräumen gibt, die oftmals sich selbst verstärkende Negativeffekte auslösen, die wiederum diese Quartiere von der Gesamtentwicklung der Kommune abkoppeln“ (S. 5).

In der ersten Zwischenevaluation des Städtebauförderungsprogramms *Soziale Stadt* bringt das Gutachterteam unter Leitung von Hartmut Häußermann zum Ausdruck, dass das Programm auf die Abmilderung oder Beseitigung negativer Kontexteffekte ausgerichtet werden sollte, die von einer räumlichen Konzentration sozial benachteiligter oder sozial marginalisierter Haushalte ausgingen (S. 203). Unter anderem deshalb wird der Aktivierung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, in benachteiligten Quartieren eine Bedeutung beigemessen und als funktionale Notwendigkeit für eine Restabilisierung dieser Räume angesehen (Deutscher Verein S. 213).

Es bleibt aber eine Differenz bestehen, zwischen diesen Forderungen einerseits und der sich tatsächlich in den Sozialräumen abbildenden sozialen Praxis hinsichtlich politischer Partizipation. Im Folgenden soll dies aus unterschiedlichen Perspektiven angegangen werden.

Politikinteresse und politische Partizipation

Im folgenden Kapitel soll analysiert werden, wie sich das Interesse an Politik, die Teilhabe an politischen Prozessen und die Partizipation in politischen Organisationen sozialräumlich betrachtet darstellen. Mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) können Aussagen zu verschiedenen Bereichen wie politischen Einstellungen, Beteiligung, Engagement und Wahlen für das Befragungsjahr 2019 gemacht werden. Das Bildungsniveau soll als Proxy für die Ressourcenausstattung der Personen dienen. Zudem ist es möglich, Aussagen von Personen sozialräumlich differenziert zu betrachten. In diesem Falle ist die sozialräumliche Abgrenzung über den Wohnort der befragten Person innerhalb oder außerhalb eines Fördergebiets des Städtebauförderungsprogramms *Sozialer Zusammenhalt* (Nachfolgeprogramm des Programms *Soziale Stadt*) definiert, da sich in den Fördergebieten Bevölkerungsgruppen, die in Bezug auf ihre ökonomischen und sozialen Ressourcen als benachteiligt gelten, konzentrieren. Die folgenden Analysen zeigen deutlich, dass sozialräumliche Unterschiede vorliegen. In den Fördergebieten ist zu erkennen, dass die dort befragten Personen weniger Interesse an Politik zeigen, sich seltener ehrenamtlich oder in politischen Organisationen engagieren und auch bei der Wahl einer Partei seltener festgelegt sind. Wenn Kommunalpolitiker und -politikerinnen mit ihrer Politik eher bessergestellte Schichten ansprechen, etwa um eine Wiederwahl zu befördern, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen nicht gehört und vertreten fühlen und das Interesse an der (Kommunal-)politik bzw. am Engagement für das eigene Wohnumfeld somit geringer ausfällt.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine Längsschnittbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) von ca. 30.000 Personen in 11.000 Haushalten, die seit 1987 jährlich durchgeführt wird. Die Daten geben unter anderem Auskunft zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Persönlichkeit, Bildung oder Gesundheit. Da jedes Jahr dieselben Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends verfolgt werden. Seit 2020 ist es durch eine Kooperation zwischen dem BBSR und dem DIW möglich, befragte Haushalte und Personen, die in Fördergebieten des Sozialen Zusammenhalts leben, zu identifizieren. Dadurch können die Aussagen von Haushalten aus Fördergebieten mit Aussagen von Haushalten, die außerhalb von Fördergebieten leben, verglichen werden.

Politikinteresse

Einen großen Einfluss auf die tatsächliche politische Partizipation im Sinne einer Mitwirkung an politischen Prozessen sowie ehrenamtlichem Engagement hat die Tatsache, ob überhaupt Interesse an Politik besteht. Abbildung 1 zeigt, dass dieses stark vom Bildungsniveau der Personen abhängt. Während mehr als die Hälfte aller Personen mit hohem Bildungsniveau angeben, ein starkes bis sehr starkes Interesse an Politik zu haben, trifft dies auf weniger als ein Drittel aller Personen mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau zu. Zudem wird deutlich, dass ein hohes Interesse bei sozial benachteiligten Gruppen in Gebieten des Sozialen Zusammenhalts noch einmal geringer ausfällt und bei weniger als 20 Prozent liegt. Im Gegensatz dazu, besteht bei fast 40 Prozent dieser Gruppe überhaupt kein Interesse an Politik. Während bei Personen mit hohem Bildungsniveau fast kein Unterschied zwischen Personen innerhalb und außerhalb von Gebieten des Sozialen Zusammenhalts besteht, zeigen sich beim mittleren und geringeren Bildungsniveau vor allem bei der Aussage, dass überhaupt kein Interesse an Politik besteht, deutliche Unterschiede. Das sozialräumliche Umfeld scheint damit einen Einfluss auf das Politikinteresse zu haben.

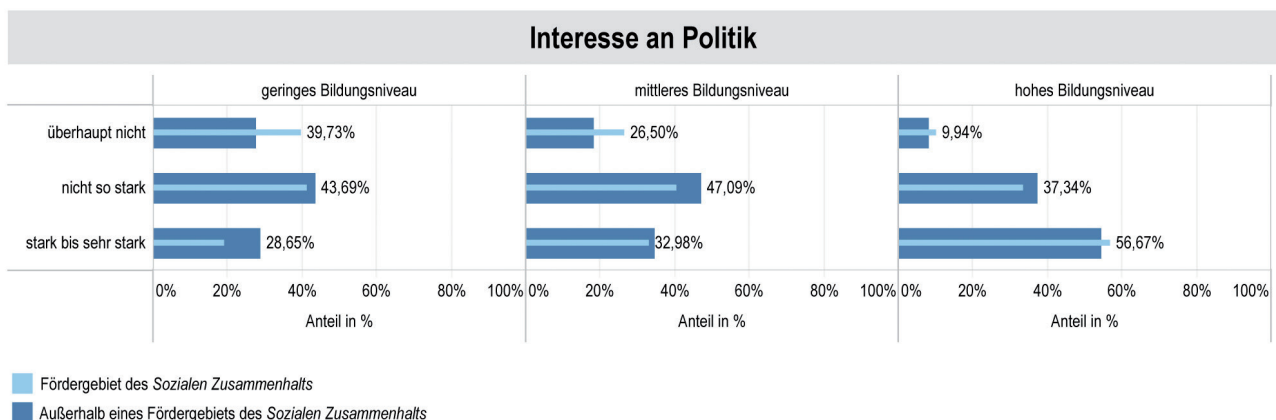
Ehrenamtliches Engagement

Diese sozialraumbezogenen Unterschiede sind auch bei der konkreten Ausführung in Form von ehrenamtlichem Engagement zu erkennen. Dies wird nun auch bei Personen mit hohem Bildungsniveau deutlich. Menschen, die in Gebieten des Sozialen Zusammenhalts leben, geben grundsätzlich häufiger an, dass sie sich nie ehrenamtlich engagieren. Zwischen den einzelnen Bildungsniveaus liegen dabei jeweils ca. 10 Prozentpunkte Unterschied. So engagieren sich nur etwas mehr als 8 Prozent aller Personen mit niedrigem Bildungsniveau in sozial benachteiligten Gebieten ehrenamtlich. Noch nicht einmal ein Prozent dieser Gruppe tut dies wöchentlich. Im Vergleich dazu engagieren sich fast 8 Prozent mit hohem Bildungsniveau in dieser Regelmäßigkeit. Neben dem sozialräumlichen Kontext spielt damit vor allem auch die Lebenssituation der Menschen eine Rolle, ob ein ehrenamtliches Engagement möglich wird. Personen mit geringem Bildungs- und damit häufig auch niedrigem Einkommensniveau fehlen die entsprechenden zeitlichen Ressourcen, um ein Engagement wahrnehmen zu können. Dabei ist gerade dieses Engagement wichtig, um ein Quartiersleben zu etablieren. Es werden Menschen gebraucht, die die entsprechenden sozialen Dienste anbieten und mitgestalten können. Insgesamt ist aber festzuhalten, dass unabhängig von Bildungsniveau und sozialräumlichen Umfeld die große Mehrheit sich nie ehrenamtlich engagiert. Vor dem Hintergrund, dass gerade in Fördergebieten des Sozialen Zusammenhalts sehr viele Ressourcen in Bürgerbeteiligungsmaßnahmen fließen, muss die Frage gestellt werden, wie diese Ressourcen am effizientesten genutzt werden können, um eine möglichst große Reichweite zu erzielen.

Mitarbeit in Parteien/politischen Organisationen

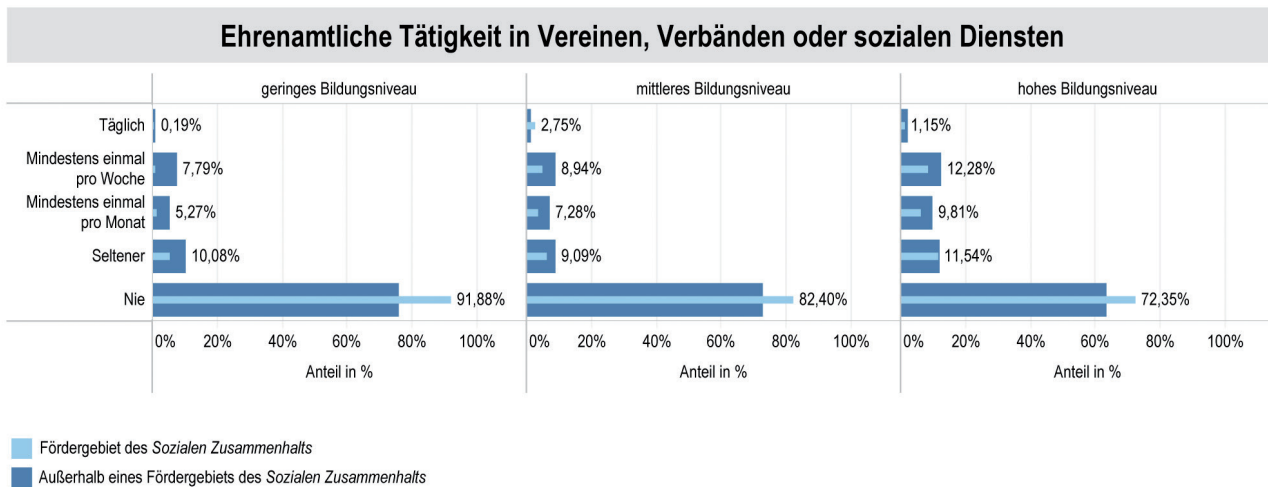
Je komplexer die Form der politischen Partizipation, desto seltener kommt sie vor. Die Beteiligung an Parteien, Kommunalpolitik oder Bürgerinitiativen erfordert ein höheres Maß an Einsatz und Verpflichtung, sodass die Anteile derjenigen, die nie in solch einer Form partizipieren, noch einmal höher liegen, unabhängig vom Bildungsniveau und Sozialraum. Dennoch sind hier ebenfalls Unterschiede erkennbar, auch wenn diese weniger stark ausgeprägt sind. Personen mit niedrigen und mittleren Bil-

Abb. 1: Politikinteresse



Quelle: SOEP (v36)/Städtebauförderungsdatenbank des BBSR

Abb. 2: Ehrenamtliches Engagement



ungsniveaus, die in einem Fördergebiet leben, geben häufiger an, sich nie an Parteien, Kommunalpolitik oder Bürgerinitiativen zu beteiligen, aber weniger häufig, dass sie täglich, einmal pro Woche oder Monat oder seltener tun. Lediglich bei Personen mit einem hohen Bildungsniveau ist dies umgekehrt ausgeprägt. Die Unterschiede sind allerdings marginal. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich in sozial benachteiligten Gebieten, in denen vor allem Gruppen mit geringen und mittleren Bildungsniveaus überdurchschnittlich vertreten sind, trotzdem eine kleine Gruppe von Menschen mit einem höheren Bildungsniveau stärker politisch engagiert und somit nicht zwangsläufig die Interessen der gesamten Bürgerschaft im Stadtteil vertritt.

Parteieneigung

Wenn es darum geht, sich einer bestimmten politischen Richtung in Form einer Partei anzuschließen bzw. diese zu unterstützen, wird ebenfalls deutlich, dass sich Personen in Gebieten des Sozialen Zusammenhalts deutlich seltener fest-

legen und einer bestimmten Partei zuneigen. Je höher das Bildungsniveau, desto eher ist man auch dazu geneigt, eine bestimmte Partei zu unterstützen. Dies zeigt, dass es einerseits für politische Kandidatinnen und Kandidaten schwierig sein kann, in sozial benachteiligten Stadtteilen Wählerstimmen zu aktivieren, andererseits ergibt sich somit auch ein großes Potenzial, noch Unentschlossene zu überzeugen. Wie die folgenden Analysen allerdings zeigen, ist die Beteiligung an Wahlen sozialräumlich ebenfalls sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Wahlbeteiligung und Wahlberechtigung auf Stadtteilebene

Die bisher vorgestellten Auswertungen nutzen Umfragedaten des SOEP, basieren also auf Individualdaten. Im Folgenden soll die Perspektive erweitert werden, indem kommunalstatistische Daten auf kleinräumiger Ebene einbezogen werden (Aggregatdaten). Da in vielen IRB-Städten die Stimm- und Wahlbezirke nicht mit der Gebietsgliederung der IRB kompatibel

Abb. 3: Politische Beteiligung

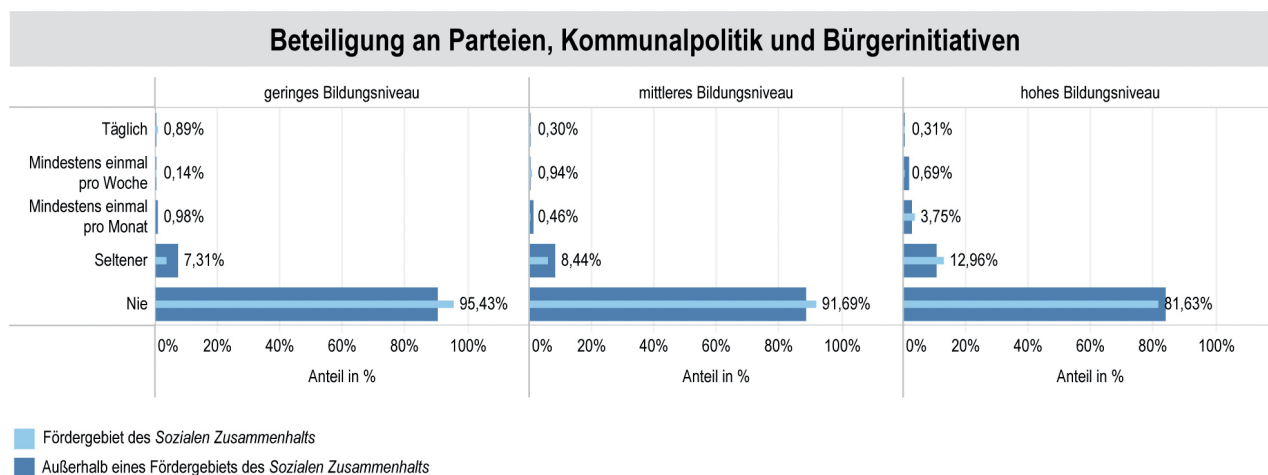
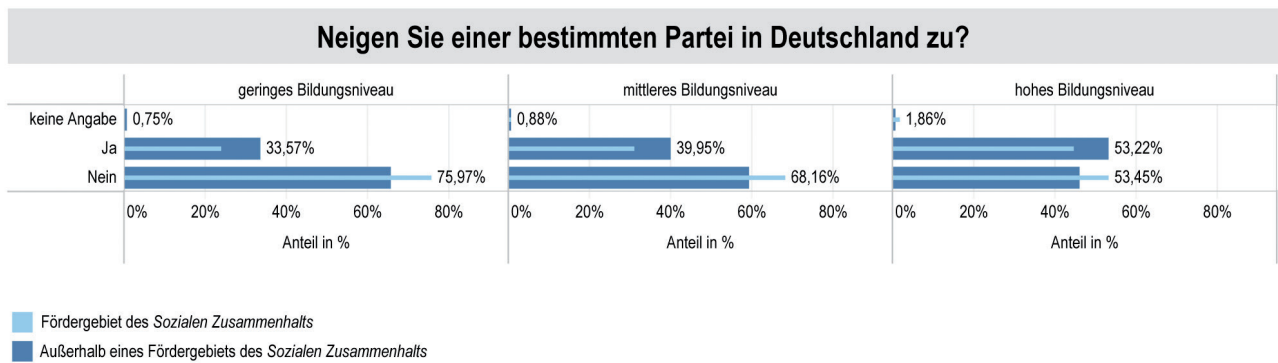


Abb. 4: Parteineigung



Quelle: SOEP (v36) / Städtebauförderungsdatenbank des BBSR

sind, sind nur einige IRB-Städte in der Lage, Wahlergebnisse für die statistischen Gebieteinheiten der IRB bereitzustellen. Die anschließenden Auswertungen nutzen Daten der letzten Bundestagswahl vom 26. September 2021. Auf den Angaben von 27 IRB-Städten beruhen die folgenden Auswertungen.

Um die sozialräumliche Dimension abzubilden, wird eine Klassifikation der statistischen Gebieteinheiten nach dem Anteil der Personen im Gebiet mit Transferleistungen nach dem SGB II verwendet. Unterschieden wird nach Gebieten mit einem (dauerhaft) hohen Anteil, mit einem mittleren durchschnittlichen Anteil und einem niedrigen Anteil.

In Artikel 38 des Grundgesetzes ist das Wahlrecht verankert. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in Deutschland wohnhaft sind und nicht vom Wahlrecht

ausgeschlossen sind. Allerdings unterscheidet sich die Nutzung des Wahlrechts nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen und in regionaler Differenzierung. In Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und wo prekäre Lebenslagen vorherrschen, findet sich systematisch eine geringere Wahlbeteiligung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2016: 181). Dieser Befund spiegelt sich auch in den IRB-Daten wider. Der Median bei der Wahlbeteiligung ist in den Gebieten mit einem hohen Anteil an Bevölkerung mit SGB II-Leistungen tendenziell niedriger als in den Gebieten mit einem mittleren bzw. niedrigen Anteil, wie sich auf Abbildung 5 ablesen lässt. Der Median der Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2021 in diesen Gebieten bei 65 Prozent. In den Gebieten mit einem mittleren Anteil bei 77 Prozent und bei Gebieten mit einem niedrigen Anteil ist er (erwartungsgemäß) am höchsten (85 Prozent).

Die Abbildung verdeutlicht aber auch, dass diese auf einen statistischen Kennwert reduzierte Betrachtung eine starke Informationsreduktion beinhaltet. So gibt es durchaus Stadtteile in Gebieten mit einem hohen Anteil Transferabhängiger, bei denen die Wahlbeteiligung bei 70 Prozent und höher liegt. Insgesamt ist aber im Vergleich über alle drei Typen die Verteilung bei der Wahlbeteiligung systematisch zu niedrigeren Anteilen hin verschoben. Ohne auf vorschnelle Erklärungen zurückgreifen zu wollen, scheinen sich hier die sozialstrukturellen Unterschiede zwischen den Typen abzubilden (van Ham/Manley 2012: 3). Bei Bundestagswahlen ist die Wahlbeteiligung in der Regel höher als bei Landtags- oder Kommunalwahlen. Ohne allzu sehr diesen Aspekt vertiefen zu wollen, wird vor diesem Hintergrund eine Verschärfung der eben dargestellten Problematik erkennbar. Um nur ein Beispiel anzuführen: bei den Oberbürgermeisterwahlen in Köln im Jahr 2020 finden sich Stadtteile mit hohen SGB II-Anteilen, wo die Wahlbeteiligung in einem Bereich von 20 bis 30 Prozent liegt. Für die demokratische Verfassung sind solch niedrige Werte bei der Wahlbeteiligung als sehr bedenklich zu werten (vgl. Stadt Köln 2020).

Bei Bundestagswahlen ist nur die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren wahlberechtigt. Nicht wahlberechtigt sind Personen ohne deutschen Pass, d.h. die ausländische Bevölkerung, oder Personen denen das Wahlrecht aberkannt worden ist, was nur

SGB II-Stadteilklassifikation

Das BBSR hat neben der mit den IRB-Städten abgestimmten Lagetypik für eigene Analysezwecke eine Klassifikation der Stadtteile entwickelt, die auf den Anteil der Personen mit SGB II-Leistungen Bezug nimmt. Basis der Klassifikation sind alle Städte und Stadtteile mit einer vollständigen Zeitreihe ab 2011 bis 2020. Betrachtet wird, ob ein Stadtteil dauerhaft hohe oder niedrige Anteilswerte in der Zeitreihe aufweist, wobei hohe Werte durch die Zugehörigkeit zum obersten Quartil und niedrige Werte zum untersten Quartil markiert sind. Um in der Zeitreihe einzelne Über- oder Unterschreitungen der Schwellenwerte auszuschließen, müssen die Stadtteile mindestens siebenmal dem oberen oder unteren Quartil angehören, wobei in den letzten drei Berichtsjahren (2018, 2019 und 2020) der Stadtteil durchgängig dem oberen bzw. unteren Quartil zugeordnet sein muss, um mögliche Positionsänderungen in der Verteilung – etwa durch Gentrifizierung bedingt – auszuschließen. Alle anderen Stadtteile zählen als solche mit mittleren Anteilen an SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfängern. Bei einzelnen Städten mit unvollständiger Zeitreihe erfolgte die Zuordnung händisch. Durch dieses methodische Vorgehen ist eine über die Zeit stabile Zuordnung gesichert.

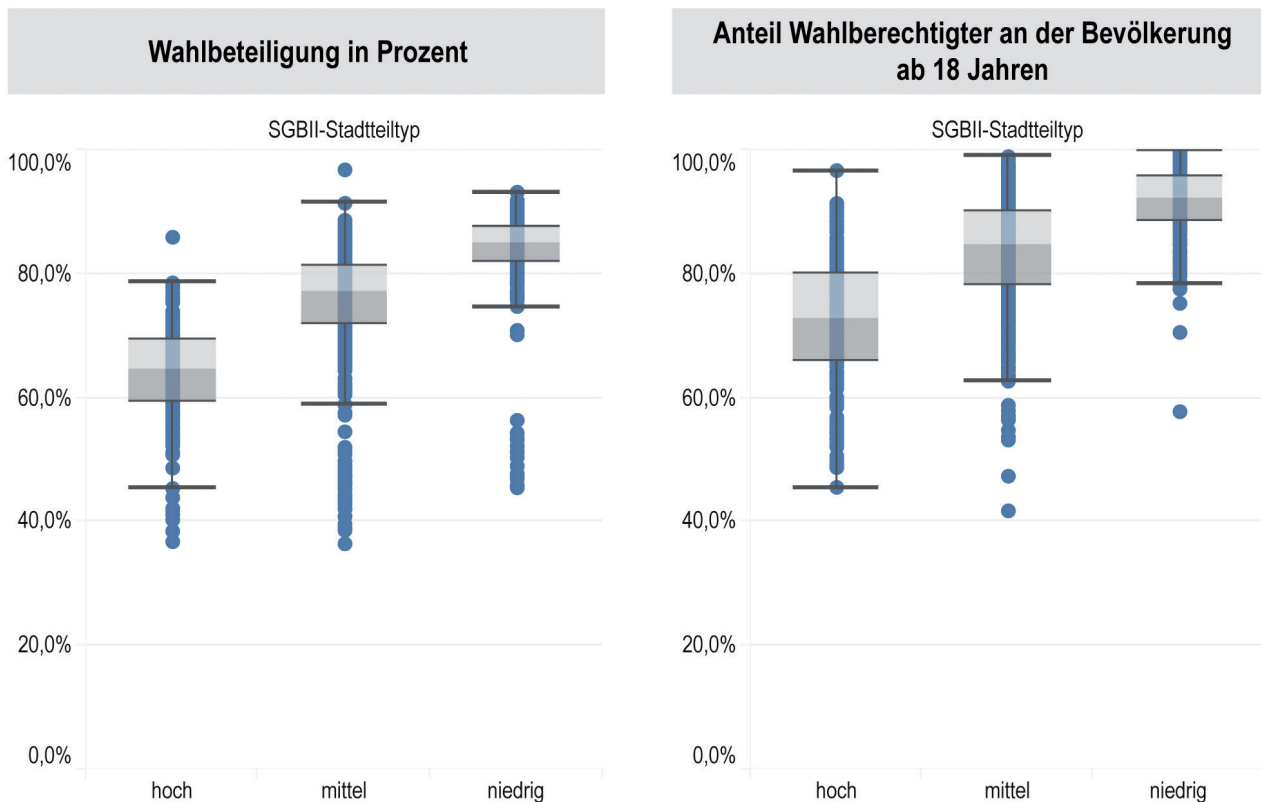
eine verschwindet kleine Zahl von Personen betreffen dürfte. Die bei Bundestagswahlen nicht-wahlberechtigte ausländische Bevölkerung lebt in den Städten aber nicht über alle Stadtteile gleichverteilt, sondern konzentriert sich in einzelnen Stadtteilen. Ein unterdurchschnittlicher Anteil Wahlberechtigter an der Bevölkerung ab 18 Jahren verweist auf entsprechend hohe Anteile bei der nicht-wahlberechtigten Bevölkerung. Auch hier zeigen sich im Vergleich über die drei SGB II-Stadtteiltypen deutliche Unterschiede. In den Gebieten mit einem hohen Anteil an SGB II-Leistungsempfängern liegt der Median bei dem Anteil Wahlberechtigter an der über 18-jährigen Bevölkerung bei rd. 70 Prozent und damit um einige Prozentpunkte unter dem Niveau der anderen beiden Typen.

In Gebieten mit einer hohen Konzentration prekärer Lebenslagen (s. o.), lässt sich nicht nur eine systematisch geringere Wahlbeteiligung nachweisen, sondern auch ein systematisch geringerer Anteil an wahlberechtigter Bevölkerung, was die Inklusion dieser Gebiete und der dort lebenden Akteursgruppen in das politische System erschwert (vgl. Luhmann 1997: 618 ff.).

Fazit und Ausblick

Die Analysen zeigen, dass der Einfluss des Sozialraums bei der Frage, wie die politische Partizipation bestimmter Gruppen erhöht werden kann, nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Konzentration einkommensschwacher und bildungsferner Bevölkerungsschichten in diesen Räumen spielt hierbei eine wichtige Rolle, aber auch der Raum als Wohn- und Lebenswelt der dort ansässigen Bevölkerung als solches sollte bei dem Versuch, die politische Beteiligung dieser Gruppen zu verbessern, bedacht werden. Denn es zeigt sich eine gewisse Ambivalenz in dieser Hinsicht. Es wird bereits viel getan – insbesondere auch im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms *Sozialer Zusammenhalt* – in Bezug auf Bürgerbeteiligung und Partizipation an politischen Prozessen. Allerdings scheinen die klassischen Formate und Angebote einen Großteil der Bevölkerung in sozial benachteiligten Stadtteilen trotzdem nicht zu erreichen. Sie sind für bestimmte soziale Milieus nicht anschlussfähig. Dies führt zu der Frage des Wir und Sie, wer zählt zu den Etablierten und wer zu den Außenseitern (Elias 1993). Der „regulative Druck“ der Wir-Gruppe kann zu einer Abschottung gegenüber Versuchen einer stärkeren politischen Partizipation führen und kontraproduktiv wirken. Die Begriffe Aktivierung und Beteiligung bleiben formelhaft, wenn es nicht gelingt, auf die Zielgruppe abgestimmte Instrumente und Methoden zu entwickeln (Friesecke 2017).

Abb. 5: Wahlbeteiligung und Anteil wahlberechtigter Bevölkerung nach SGB II-Stadtteiltyp



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBSR, Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Zudem basieren klassische Formate nach wie vor häufig auf „Gehstrukturen“, das heißt die Menschen müssen zum Beispiel zum Beratungsbüro (o.ä.) in die Stadtmitte fahren, um die Angebote wahrnehmen zu können. Da sich Personen in benachteiligten Gebieten allerdings öfter weniger mobil zeigen und ihren Sozialraum seltener verlassen, erreichen diese Arten von Angeboten die Zielgruppe auch seltener (vgl. Bremer et al. 2015). Daher kann die Wahl von Veranstaltungsorten für politische Bildungsarbeit oder Beteiligungsformate im Sozialraum, an Orten, die der anvisierten Zielgruppe bereits bekannt und vertraut sind, ein wichtiges Kriterium darstellen, um eine größere Wirkung zu entfalten (vgl. Mania 2021). In diesem Zusammenhang wird der Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung seit ca. fünf Jahren in der Fachwelt stärker diskutiert. Dieser setzt an der räumlichen Hürde an, indem er politische Bildung dezentral im Sozialraum an Orten, die den Menschen aus ihrem Alltag bekannt sind, anbietet. Zudem setzt er auch bei der Themenauswahl an der alltäglichen Lebenswelt der Menschen vor Ort an, um so die Relevanz politischer Frage-

stellungen für den eigenen Alltag zu verdeutlichen (Berliner Landeszentrale für politische Bildung 2021).

Da das Forschungsfeld der aufsuchenden politischen Bildung noch relativ neu ist, werden momentan in verschiedenen Bereichen Modellprogramme durchgeführt, die insbesondere neue Methoden und Formate testen sollen. Unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung startete im Jahr 2021 in Kooperation mit dem Bundesbauministerium im Rahmen der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt, „Miteinander im Quartier“ das Modellprogramm „Gleiche politische Teilhabe“ in Gebieten des *Sozialen Zusammenhalts*. Ziel ist es, Hemmungen der Bewohnerinnen und Bewohner in Bezug auf politische Teilhabe und die Beschäftigung mit politischen Themen durch eine aufsuchende politische Bildung zu überwinden. Inwieweit ein solcher Ansatz Wirkung zeigt, bleibt noch abzuwarten. Es zeichnet sich bereits teilweise die Tendenz ab, dass auch hier wiederum in den Gebieten nur bestimmte Gruppen Angebote wahrnehmen.

Literatur

- Berliner Landeszentrale für politische Bildung (2021): Aufsuchende politische Bildung. Eine Bestandserhebung in Deutschland 2021. Berlin.
- Böhnke, P. (2010): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: APuZ B 1-2/2011: Postdemokratie?. S. 18–25.
- Bremer, H., M. Kleemann-Göhring und F. Wagner (2015): Sozialraumorientierung im Kontext aufsuchender Bildungsarbeit und -beratung. In: Erwachsenenbildung und Raum: Theoretische Perspektiven – professionelles Handeln – Rahmungen des Lernens, S. 105–116.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004): Die soziale Stadt, Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. Unter Mitarbeit von Reinhard Aehnelt, Hartmut Häußermann, Wolfgang Jaedicke, Michael Kahl und Klaus-Dieter Reißwenger. Berlin: BMVBW; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Vertrieb].
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hg.) (2008): Eckpunkte des Deutschen Vereins zur sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns, zuletzt aktualisiert am 26.06.2008, zuletzt geprüft am 06.10.2010.
- Elias, N. und J.L. Scotson (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main.
- Friedrichs, J. (2014): Kontexteffekte von Wohngebieten. In: Köln Z Soziol 66 (S1), S. 287–316.
- Friedrichs, J. und A. Nonnenmacher (2014): Die Analyse sozialer Kontexte. In: Köln Z Soziol 66 (S1), S. 1–16.
- Friesecke, F. (2017): Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: Hartmut Bauer, Christiane Büchner und Lydia Hajasch (Hg.): Partizipation in der Bürgerkommune. Potsdam, KWI Schriften 10, S. 117–138.
- Giebler, H. und W. Merkel (2016): Freedom and Equality in Democracies: Is There a Trade-off?. In: International Political Science Review, Vol. 37, Iss. 5, S. 594–605.
- Helbig, M. und S. Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. In: WZB Discussion Paper P2018-001. Berlin.
- Kaßner, J. und N. Kersting (2021): Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen. In: vhw-Schriftenreihe 22. Berlin.
- Kersting, N. und S. Jähn (2021): Soziale Ungleichheit und quartiersbezogene politische Partizipation. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, vol. 34, no. 1. S. 14–23.
- Kroh, M. und C. Könnecke (2013): Arm, arbeitslos und politisch inaktiv?. In: DIW Wochenbericht 42/2013: Politische Beteiligung. Berlin. S. 3–15.
- Luhmann, N. (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, Band 2, Frankfurt am Main
- Mania, E. (2021): Sozialraumorientierte Bildungsarbeit für sogenannte „bildungsferne Gruppen“. In: Hessische Blätter für Volksbildung, 71(4). S. 31–40.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (2016): Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/downloads/Regierungsbericht-zur-Lebensqualitaet-in-Deutschland.pdf>.
- Simonson, J. und C. Vogel (2017): Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: Simonson, J., C. Vogel und C. Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS. S. 199–217.
- Stadt Köln (2020): Oberbürgermeisterwahl. Online unter: https://www.stadt-koeln.de/wahlen/kommunalwahl/09-2020/Buergermeisterwahl_NRW_44_Uebersicht_stadtteil.html (zuletzt abgerufen: 17.06.2022)
- van Ham, M. und Manley, D. (2012): Neighbourhood Effects Research at a Crossroads: Ten Challenges for Future Research. Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn (IZA Discussion Paper, 6793).